

6 Fazit

In der vorliegenden Studie wurde die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen im Berlin der Weimarer Republik lebensweltlich analysiert. Die Mehrheit ihrer Mitglieder lebte über zehn Jahre in der Stadt. In der Arbeit wurden ihre politischen, journalistischen und kulturellen Tätigkeiten sowie ihre bi- und transnationalen Verflechtungen in die zeitgenössische ArbeiterInnenbewegung nachgezeichnet. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen während der Exilzeit aktiver Teil der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung blieben. Viele von ihnen beteiligten sich lebhaft und vielfältig an Debatten in den russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsräumen der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Das „Rote Berlin“ der Weimarer Republik avancierte dadurch zu einem zeitgenössischen sozialistischen Exilort, an dem transnationale Beziehungen entstanden und bereits bestehende fortgeführt wurden. Zu Beginn der 1920er Jahre war die Stadt in der Wahrnehmung der osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen eine sichere und längerfristige Zwischenstation, für einige sogar ein revolutionärer Hoffnungsort. Bis 1933 veränderte sich diese Wahrnehmung jedoch vollständig. Berlin wandelte sich zu einem Gefahrenort, den David Dalin 1935 als Letzter aus der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen verließ.

In der Analyse konnten vier parallel stattfindende, die Exilgruppe und ihre politische Tätigkeit betreffende Entwicklungen herausgearbeitet werden: Erstens wurden insbesondere zu Beginn der 1920er Jahre alte politische Auseinandersetzungen aus dem Russländischen Reich unter neuen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in Berlin innerhalb der Exilgruppe fortgeführt. Parteiorganisationen und -zugehörigkeiten blieben bestehen und mussten obendrein an neue politische Realitäten angepasst werden. Zugleich verschoben sich zweitens bestehende individuelle Zugehörigkeitsverständnisse unter den ExilantInnen in Bezug auf ihre politische Ideologie, ihren Ethnos und ihr Nationalitätsverständnis. Auslöser hierfür waren der Migrationsprozess nach Berlin, durch den die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen ihre alte Lebenswelt verließen und sich in eine neue einfügen mussten, sowie die tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Europa durch und nach dem Ersten Weltkrieg. Der Zusammenbruch des Russländischen Reiches, die Gründungen von Nationalstaaten in Ostmitteleuropa und die Revolution in der Sowjetunion ließen zahlreiche bis dahin bestehende politische und nationale Zugehörigkeiten bedeutungslos erscheinen; andere wiederum verschoben sich auf gravierende Weise. Mit Beginn der Exilzeit wurden drittens von Berlin aus Kontakte zu deutschsprachigen und anderen internationalen Parteien der ArbeiterInnenbewegung wieder aufgenommen oder neu geknüpft. Ziel der ExilantInnen war

es, die eigene politische Tätigkeit durch Publikationsmöglichkeiten, die Beteiligung an Veranstaltungen und die Teilnahme an internationalen Gremien fortzuführen und sich eine wirtschaftliche Existenz im Exil zu sichern. Resultierend aus dem Verlust der früheren Lebenswelt entstand viertens innerhalb des Berliner Exilraums eine Gedenk- und Erinnerungskultur an osteuropäisch-sozialistische Parteimitglieder und an Erfolge und Misserfolge der gesamten sozialistischen Bewegung Osteuropas vor dem Ersten Weltkrieg.

6.1 Die Exilgruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen

Mit Benedict Anderson gesprochen kann die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen als eine „imagined community“¹, in der einige Gemeinsamkeiten, aber auch zahlreiche Unterschiede bestanden, bezeichnet werden. Die Gruppe von ExilantInnen war aufgrund dreier Aspekte miteinander verbunden: durch ihre selbstgewählte, bei jedem Individuum zumindest temporär bestehende Zugehörigkeit zur revolutionären Bewegung Osteuropas; durch ihre Herkunft aus der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelt, die Teil des multiethnischen Raumes des Russländischen Reiches war; und durch ihren gewählten Exilort Berlin. Diese Gemeinsamkeiten grenzten sie von anderen zeitgenössischen Gruppierungen ab. Unterschiede innerhalb der Exilgruppe bestanden besonders in ihren verschiedenen Zugehörigkeitsverständnissen zur Judenheit und zur sozialistischen ArbeiterInnenbewegung.

Im ersten Hauptkapitel der Arbeit wurden der gemeinsame osteuropäisch-jüdische Erfahrungssatz und -befund sowie der osteuropäisch-revolutionäre Erfahrungsbefund systematisiert, den die Gruppenmitglieder ins Exil trugen. Anschließend folgte eine allgemeine Charakterisierung der in Berlin lebenden Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen. Unter dem Begriff osteuropäisch-jüdische SozialistInnen werden in der Arbeit sowohl RevolutionärInnen, die sich innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung engagierten, gefasst als auch RevolutionärInnen jüdischer Herkunft, die sich in einer russländisch-sozialistischen Partei wie der SDAPR oder SR engagierten. Hierbei wurde berücksichtigt, dass sich die jüdisch-sozialistische Bewegung Osteuropas in einem wesentlichen Punkt von sozialistischen Bewegungen anderer national-ethnischer Minderheiten des multiethnischen Russländischen Reiches unterschied: Aufgrund der vielschichtigen Debatte darüber, ob die Zugehörigkeit zu den osteuropäischen Judenheiten die Beschreibung eines Ethnos, einer Religion, einer Nationalität oder

1 Vgl. Anderson, *Imagined Communities*.

einer kulturellen Zugehörigkeit darstellt, standen RevolutionärInnen aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten viel stärker als RevolutionärInnen anderer Minderheiten des multiethnischen Reiches vor einer individuellen Richtungsentscheidung. Neben ihrer sozialistischen Selbstwahrnehmung mussten sie sich zwischen einer Zugehörigkeit zu einer russländisch-sozialistischen Partei oder einer explizit jüdischen revolutionären Partei entscheiden. Yuri Slezkine hat herausgearbeitet, dass beide Wege einen bewussten Bruch mit der eigenen Elterngeneration und den bestehenden religiösen und kulturellen Bräuchen der osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten darstellten.² Die Befunde aus der vorliegenden Arbeit bestätigen, dass sozialistische „non-Jewish Jews“ und jüdische SozialistInnen aus dem Russländischen Reich als eine gemeinsame Generationseinheit osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anzusehen sind, die sich im Zuge ihres politischen Engagements von Traditionen ihrer Elterngeneration abwandte. Die Dissertationsschrift bestärkt ferner Yuri Slezkines These, dass für Jüdinnen und Juden in der revolutionären Bewegung der Jahrhundertwende wichtige Anknüpfungspunkte nicht nur in der im Russländischen Reich erlittenen gesellschaftlichen und sozialen Ausgrenzung sowie in der antisemitischen Pogromerfahrung bestanden. Gerade der im Vergleich zur restlichen Bevölkerung existierende, überproportional hohe Bildungsgrad und die im multiethnischen Raum des Russländischen Reiches erlernte Multilingualität waren weitere essenzielle Anknüpfungspunkte zur zeitgenössischen revolutionären Bewegung.³

Aufgrund der antisemitischen Pogrom- und Ausgrenzungserfahrungen war der revolutionäre Kampf in Osteuropa für osteuropäisch-jüdische RevolutionärInnen immer auch ein doppelter Emanzipationskampf. Sie kämpften allgemein für die Emanzipation der ArbeiterInnenmassen und speziell für die Emanzipation der jüdischen ArbeiterInnen des Russländischen Reiches. Dieser Kampf konnte durch ein Engagement in explizit jüdisch-revolutionären Parteien erfolgen, in denen das revolutionäre Konzept des Sozialismus mit jüdischen Nationalkonzepten wie Zionismus, Territorialismus oder der national-kulturellen Autonomie verbunden wurde. Ebenso konnte dieser Kampf bei einem Engagement in allgemeinen revolutionären Parteien des Russländischen Reiches erfolgen. Dort sah die Emanzipation der osteuropäischen Judenheiten jedoch – zumindest auf theoretischer Ebene – eine vollständige kulturelle und sprachliche Integration in die russisch dominierte Mehrheitsgesellschaft vor.

2 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 146–152.

3 Vgl. Slezkine, *Das jüdische Jahrhundert*, S. 121–207.

Anhand von Erinnerungsberichten und autobiografischen Texten wurden ebenfalls die Prägungen aus den osteuropäisch-revolutionären Lebenswelten systematisiert. Genau wie andere RevolutionärInnen schufen auch osteuropäisch-jüdische SozialistInnen illegale Parteiorganisationen im Russländischen Reich. Durch staatliche Repressionen wurden einerseits die sozialistische Bewegung und ihre Organisationskraft kleingehalten, andererseits sammelten die SozialistInnen bereits bis zum Ersten Weltkrieg zwangsläufig Haft- und Exilerfahrungen. Die quantitativ geringe Organisationskraft der Mehrzahl der russländischen sozialistischen Parteien im Vergleich zu ihren westeuropäischen PartnerInnen steht in einem vermeintlichen Widerspruch zu ihrer praktischen Revolutionstätigkeit, die insbesondere in den Ereignissen der Jahre 1905 und 1917 kulminierte. Im Unterschied zu anderen europäischen Parteien erfuhren russländische SozialistInnen nach der Oktoberrevolution eine politische Ausgrenzung durch eine der revolutionären Bewegung angehörende Partei. Diese besonderen revolutionären Erfahrungsbefunde beeinflussten das Handeln und die politische Analyse der ExilantInnen in Berlin. Beispielsweise wurde dort die parteipolitische Diversität, trotz eines gemeinsamen politischen Gegners, mit der Begründung aufrechterhalten, dass diese ein wichtiger Teil der Demokratisierung der russländischen Gesellschaft sei. Ebenso führten sie Debatten über nationale Souveränität in Osteuropa unbeirrt fort. Die in dieser Arbeit analysierten Artikel von Vladimir Kosovski über die deutsche Sozialdemokratie sind ein Beispiel dafür, dass die osteuropäischen Erfahrungsbefunde auch Einfluss auf die Bewertung der politischen Situation in der Weimarer Republik hatten.

Der Migrationsprozess der Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen hatte Einfluss auf die individuellen Zugehörigkeitsverständnisse und konnte diese verändern. Die ExilantInnen mussten sich in eine neue Lebenswelt einfügen. Durch die Gründung der Berliner Parteiauslandsvertretungen, Debattierklubs und Verlage setzten sie ihre mehrheitlich auf Osteuropa ausgerichtete Parteitätigkeit so weit wie möglich fort. Zugleich knüpften oder revitalisierten sie Kontakte zur deutschen Sozialdemokratie und weiteren sozialistischen Parteien in Europa und den USA. In der Kooperation und Auseinandersetzung mit diesen Parteien wurden ihre eigenen Selbstverständnisse hinterfragt und politische Ziele neu definiert. Ebenso wirkten die grundlegenden politischen Veränderungen in der europäischen Politik nach dem Ersten Weltkrieg auf die Exilgruppe ein. Die Schaffung neuer Nationen und Staatsgrenzen in Ost- und Ostmitteleuropa stellten ihre bis dahin bestehenden Zugehörigkeitsverständnisse infrage. Das Leben im Berliner Exil führte zu einer Perspektiverweiterung, durch welche auch verstärkt politische Entwicklungen in der Weimarer Republik analysiert und wahrgenommen wurden.

Der Weg aus dem multiethnischen Raum des Russländischen Reiches in den nationalstaatlich geprägten Exilraum der Weimarer Republik verringerte die äußere Wahrnehmung der eigenen Mehrfachzugehörigkeit. Da es innerhalb der deutschsprachigen sozialistischen Bewegung keine nationalen Parteisektionen gab, spielte der osteuropäisch-jüdische Ethnos im sozialistischen Exilraum kaum eine Rolle. Die jüdische Zugehörigkeit wurde im öffentlichen Diskurs anders als in Osteuropa vor allen Dingen als eine religiöse verstanden oder als antisemitische Zuschreibung verwendet, jedoch bei Weitem nicht als national-kulturelles Selbstverständnis einer Minderheit in einem multiethnischen Staat wahrgenommen. Innerhalb der deutschen ArbeiterInnenbewegung besaß die jüdische Zugehörigkeit damit – zumindest vordergründig – keine Relevanz. Osteuropäisch-jüdische SozialistInnen wurden von der überwiegenden Mehrheit der deutschen SozialistInnen nicht als eigenständige Sektion, sondern als Teil der größeren osteuropäischen Exilgruppe wahrgenommen.

Diese Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft unterschied sich jedoch von der Selbstwahrnehmung zahlreicher ExilantInnen, die ihre multiple Zugehörigkeit, bestehend aus einer osteuropäisch-jüdischen und einer osteuropäisch-sozialistischen, beibehielten. Dies konnte in der vorliegenden Arbeit anhand der fortwährenden Beteiligung der ExilantInnen an Debatten in jiddischer und russischer Sprache aufgezeigt werden. Aus ihr wird deutlich, dass in Teilen der Exilgruppe ein eigenes osteuropäisch-jüdisches Selbstverständnis auch während der Exilzeit fortbestand.

6.2 Handlungsräume

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen konnten aufgrund ihrer Multilingualität parallel an Diskussionen innerhalb des russisch-, jiddisch- und deutschsprachigen Handlungsraumes partizipieren. Diejenigen, die sich aktiv an den Debatten beteiligten, wurden zu MittlerInnen zwischen diesen Räumen, da sie teilweise bewusst, oftmals aber unbewusst einen inhaltlichen Transfer von Debatten aus der einen in die andere Sprache vollzogen. Inhaltlich konzentrierte sich die Exilgruppe vornehmlich auf drei Themengebiete: Beteiligung an und Weiterentwicklung der Strukturen der internationalen sozialistischen ArbeiterInnen-Internationale (1), politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in Ost-/Ostmitteleuropa (2) sowie in der Weimarer Republik (3). Hierüber geführte Debatten wurden von den ExilantInnen wahrgenommen, analysiert und durch das Einbringen von eigenen Debattenbeiträgen mitgestaltet. Unabdingbar hierfür waren der Aufbau von Parteiauslandsvertretungen sowie persönliche und parteipolitische Netzwerke, die teilweise bereits vor dem Ersten

Weltkrieg bestanden und von Berlin aus revitalisiert und weiter ausgebaut wurden.

Die Studie zeigt ebenfalls, dass die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Sprache bewusst als Zugang zu einem unterschiedlichen Zielpublikum einsetzten. In den drei Handlungsräumen gab es verschiedene Nuancen in Bezug auf inhaltliche Debatten. So wurde über Antisemitismus und nationale Souveränität der osteuropäischen Judenheiten fast ausschließlich innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes debattiert. Wichtigster Grund hierfür war, dass innerhalb der jüdischen ArbeiterInnenbewegung mehr Verständnis und Empathie für die Themenbereiche bestand. Aus einem ganz anderen Grund wurde die Kritik an Delegationsreisen in die Sowjetunion ausschließlich im deutschsprachigen Handlungsraum geübt. Einige ExilantInnen stellten den Sinn der Reisen grundsätzlich infrage. Da besonders deutschsprachige SozialistInnen von diesen Reiseangeboten angesprochen wurden, forcierten sie diese Debatte ausschließlich im deutschsprachigen Handlungsraum. Eine andere Strategie verfolgten sie im Kampf um Aufmerksamkeit für politische Gefangene in der Sowjetunion. Dieses für die Exilparteien zentrale Thema wurde ganz bewusst und wiederholt in allen drei Handlungsräumen thematisiert.

In allen sozialistischen Handlungsräumen wurde den ExilantInnen eine Expertise in der Analyse und Bewertung der Entwicklungen in der Sowjetunion zugesprochen. Osteuropa blieb für sie von Berlin aus jedoch ein Ort ohne Möglichkeiten einer direkten politischen Teilhabe. Diese erfolgte ausschließlich durch die Unterstützung illegaler Parteiarbeit sowie den Schmuggel von Publikationen in die Sowjetunion. Nur drei der in dieser Arbeit betrachteten ExilantInnen remigrierten nach mehrjährigem Aufenthalt in Berlin in die Sowjetunion. Diese Rückkehr ging bei Dovid Bergelson und Nokhum Shtif mit ihrer Zuwendung zur kommunistischen und damit mit der Abkehr von der sozialistischen Bewegung einher. Bei Eva Broido handelte es sich um einen parteipolitischen Auftrag der SDAPR.

Die Analyse des Status quo in der Sowjetunion und die Darlegung unterschiedlicher Zukunftskonzepte für Osteuropa fanden am intensivsten innerhalb des russischsprachigen Handlungsraumes statt. In der Exilpresse gab es diesbezügliche kontroverse Diskussionen zwischen den verschiedenen Exilparteien, aber auch zwischen Parteifraktionen einzelner Parteien. Durch Publikationen und die Teilnahme an Veranstaltungen wurden diese Debatten aktiv in den deutschsprachigen Handlungsraum getragen. Das Ziel der osteuropäischen ExilantInnen bestand darin, die Sichtweise der deutschsprachigen ArbeiterInnenbewegung auf die Bol'seviki und die Entwicklungen in der Sowjetunion durch einen kritischen sozialistischen Blick zu diversifizieren. Trotz intensiver Bemühungen kamen im deutschsprachigen Handlungsraum jedoch deutlich weniger osteuropäische

ExilantInnen zu Wort, sodass ein großer Teil der im russischsprachigen Handlungsraum bestehenden Vielstimmigkeit verloren ging. Ausschlaggebend für eine aktive Partizipation im deutschsprachigen Handlungsraum waren die jeweilige parteipolitische Zugehörigkeit und gute Vernetzung. Die deutschen Zeitungsredaktionen achteten darauf, dass die osteuropäischen AnalystInnen weitestgehend ihrem eigenen politischen Verständnis entsprachen.

Ebenso wurden innerhalb des jiddischsprachigen Handlungsraumes zahlreiche Berichte und Analysen über die Sowjetunion publiziert. Besonders für die US-amerikanischen Judenheiten avancierte Berlin in den 1920er Jahren zum zentralen Schnittpunkt der Berichterstattung über Osteuropa. Berliner Korrespondenten jiddischsprachiger Zeitungen waren sowohl für die Berichterstattung über die Weimarer Republik als auch über die Sowjetunion zuständig. In ihren Artikeln über die sowjetischen Lebenswelten fällt ein häufiger Rückgriff auf Erfahrungsbefunde aus dem Russländischen Reich in Form von Vergleichen auf. Dieser erschien möglich, da eine große Anzahl der LeserInnenschaft jiddischsprachiger sozialistischer Publikationen selbst aus Osteuropa in die USA migriert war und dadurch ähnliche Erfahrungsbefunde besaß wie die in Berlin lebenden JournalistInnen.

Zahlreiche der in Europa nach dem Ersten Weltkrieg entstehenden osteuropäischen Exilparteien beteiligten sich an den Strukturen und Zusammenkünften der internationalen sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Für die Exilparteien war dies ein politischer Raum, in dem ihre eigenen Debatten innerhalb eines größeren Kontextes Widerhall fanden, wodurch die Themen ein stärkeres Gewicht bekamen. Diese Relevanz der internationalen sozialistischen Organisationen für osteuropäische Exilparteien wurde in der vorliegenden Arbeit besonders anhand von Diskussionen innerhalb der SAI herausgearbeitet. Immer wieder versuchten osteuropäische ExilantInnen, in den Gremien der SAI Aufmerksamkeit für die politische Situation in der Sowjetunion zu generieren. Hierfür wurden auch einige parteipolitisch übergreifende Allianzen gebildet sowie an die internationale ArbeiterInnenbewegung gerichtete parteiübergreifende Resolutionen eingereicht. Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren Teil dieser diversen osteuropäischen Exilgruppe. Ähnlich wie in Bezug auf die deutschsprachige Bewegung versuchten sie, innerhalb der SAI einen kritischen Blick auf die Bol'sheviki und die Entwicklungen in der Sowjetunion zu implementieren. Organisierten Widerstand erfuhren sie dabei in den 1920er Jahren im Besonderen vonseiten britischer SozialistInnen.

Innerhalb der SAI waren Deutsch, Englisch und Französisch die offiziellen Kommunikationssprachen. Die Gruppe osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen konnte somit auf Deutsch die dortigen Diskussionen verfolgen und eigene Eingaben formulieren. Das Engagement einzelner ExilantInnen innerhalb der inter-

nationalen ArbeiterInnenbewegung ging jedoch auch über die organisatorische Anbindung hinaus. Zahlreiche individuelle Kontakte zu prominenten Personen der zeitgenössischen ArbeiterInnenbewegung wurden geknüpft und gepflegt.

Auf den Kongressen der SAI, an denen einige osteuropäisch-jüdische SozialistInnen als Delegierte teilnahmen, zeigte sich die Größe und Internationalität der sozialistischen Bewegung in einer besonderen Form. Für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen waren die Kongresse wichtige Zusammenkünfte, auf denen ExilpolitikerInnen durch konkrete Begegnung Anschlussmöglichkeiten, Austausch und Bestätigung für ihre unter erschwerten Bedingungen stattfindende politische Arbeit fanden. Diese Treffen verliefen nicht immer konfliktfrei. Auf dem Wiener Kongress der SAI 1931 brach ein bis dahin nicht vorgekommener öffentlicher Disput zwischen der offiziellen polnischen und der inoffiziellen russländischen *Bund*-Delegation aus, der die nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte Teilung des *Bund* in nationale Parteisektionen auch inhaltlich manifestierte. Abraham Cahan beschrieb ihn als ein Aufeinandertreffen zwischen den alten Bundisten des Russländischen Reiches mit den neuen aus der Zweiten Polnischen Republik.⁴

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen setzten sich als in Berlin lebende ExilantInnen ebenfalls mit den politischen Entwicklungen in der Weimarer Republik auseinander. Diese Analyse stellt eine zeitgenössische migrantische Perspektive auf die damaligen Geschehnisse dar, die in der Forschung bisher kaum Beachtung fand. Besonders viel Berichterstattung über die Weimarer Republik konnte in jiddischsprachigen Zeitungen ausgemacht werden, deutlich weniger gab es in der russischsprachigen sozialistischen Exilpresse. Dies begründet sich aus der Funktion der analysierten Publikationen für die jeweiligen Handlungsräume. Mehrere SozialistInnen berichteten auf Jiddisch als in Deutschland lebende KorrespondentInnen für die US-amerikanische Presse. Im russischsprachigen Handlungsraum agierten sie dagegen primär als Teil der in Westeuropa lebenden russländischen Exilgemeinde. Dort veröffentlichte Publikationen fokussierten sich besonders auf die Situation in der Sowjetunion. Dennoch lässt sich auch für den russischsprachigen Handlungsraum der 1930er Jahre eine leichte Steigerung der Publikationen über die Weimarer Republik feststellen.

Eine ebenfalls geringe Beteiligung osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen an den Diskussionen im deutschsprachigen Handlungsraum erklärt sich vor allem aus fehlenden Publikationsmöglichkeiten. Von deutscher Seite wurden einige osteuropäische ExilantInnen eingeladen, ihre Wahrnehmung über die Entwicklungen in der Sowjetunion zu publizieren. Vergleichbare Anfragen scheint es in Bezug auf die politische Analyse Deutschlands nicht gegeben zu haben. Eine

⁴ Vgl. Cahan, A zhurnal fun der oyslendisher delegatsye fun „bund“, S. 7–15.

Ausnahme stellten lediglich die wenigen osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen dar, welche deutschen Parteien beitraten. Bei ihnen konnte eine aktivere Beteiligung an den Debatten über die Weimarer Republik im deutschsprachigen Handlungsraum nachgewiesen werden. Es ist zu vermuten, dass sie durch die doppelte Parteizugehörigkeit nicht mehr ausschließlich als MigrantInnen wahrgenommen wurden, sondern zum Teil zur deutschen sozialistischen Bewegung gezählt wurden.

Zahlreiche Äußerungen osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen belegen, dass Deutschland vor der Immigration deutlich positiver wahrgenommen wurde, als dies während der Exilzeit der Fall war. Politische, soziale und gesellschaftliche Herausforderungen wurden für die ExilantInnen erst im Laufe des Migrationsprozesses sichtbar. In der diesbezüglichen Analyse wurde ferner ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen zwischen der russländischen ArbeiterInnenbewegung und der SPD gelegt. Hierbei wurde das zwiespältige Verhältnis zahlreicher osteuropäisch-jüdischer SozialistInnen zur führenden Partei der deutschen Sozialdemokratie herausgearbeitet. Die ExilantInnen bewunderten den hohen Organisationsgrad sowie die Mitglieder- und Publikationsstärke der SPD. Mit Sorge betrachteten sie allerdings, dass sich die SPD zu einer staatstragenden Partei entwickelt hatte, wodurch aus ihrer Sicht zumindest aufseiten der Parteiführung die außerparlamentarische politische Arbeit vernachlässigt wurde.

6.3 Exilort Berlin

Für wenige Jahre avancierte Berlin nach dem Ersten Weltkrieg zu einem zentralen Exilort der osteuropäischen sozialistischen Bewegung. Das „Rote Berlin“ der Weimarer Republik entwickelte sich schnell zu einem entscheidenden Ort, an dem ExilantInnen im Schatten einer der zeitgenössisch bedeutendsten sozialistischen Parteien nach Sicherheit suchten. Ihnen gelang es äußerst erfolgreich, in der Stadt Parteiauslandsvertretungen zu etablieren und mit Parteien und ParteianführerInnen der deutschen ArbeiterInnenbewegung zu interagieren.

Zu Beginn der 1920er Jahre galt Berlin als die Stadt, in der „alle Unzufriedenen der Welt sich sicher fühlen können“.⁵ Das allein fünf sozialistische Parteien aus den osteuropäisch-jüdischen Lebenswelten des Russländischen Reiches zeitweilig in Berlin eine Vertretung hatten, verdeutlicht die bis zum Bürgerkrieg bestehende politische Diversität des Sozialismus, die in der Berliner Lebenswelt

5 Eynhorn, Dovid: Berlin vert di shtodt fun farvogelte un farfolgte. A brief fun berlin. In: Forverts, Vol. 24, Nr. 8.651 (26.06.1921). S. 2.

für wenige Jahre konserviert werden konnte. Von Berlin aus war es möglich, die eigenen politischen Tätigkeiten fortzusetzen. Zugleich war Deutschland für die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen auch ein Hoffnungsort für eine tatsächliche sozialistische Revolution. Als Exilort avancierte die Stadt zu einem transnationalen Interaktionsraum der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung. Vor allem die SPD-Parteizentrale in der Lindenstraße 2/3 (Berlin-Kreuzberg) wurde dabei zu einem zentralen Verflechtungsort zwischen osteuropäischen SozialistInnen und der deutschen ArbeiterInnenbewegung. Zahlreiche osteuropäisch-jüdische SozialistInnen gingen im Vorwärts-Haus ein und aus; ihre deutschsprachigen Publikationen wurden von hier gedruckt und beworben, Exilparteistrukturen fanden im Gebäudekomplex zeitweilig Asyl.

Knapp 15 Jahre später hatte sich die Wahrnehmung der Stadt vollständig gewandelt: 1933 avancierte Berlin zur Reichshauptstadt der NSDAP. Alle Personen, denen nur eine der drei Zugehörigkeiten zugesprochen wurde – jüdisch, sozialistisch oder osteuropäisch –, waren der Verfolgung durch die NationalsozialistInnen ausgesetzt. Diese grundlegenden Veränderungen nahmen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die sensibel für Umbrüche waren, frühzeitig wahr. Für sie begann dieser Transformationsprozess ihres zumeist selbst ausgewählten Exilortes schon lange vor 1933. Als aufmerksame BeobachterInnen der antisemitischen Pogrome von 1923 und der zeitgleich bestehenden politischen und wirtschaftlichen Krisensituation nahmen einige ExilantInnen die Stadt schon zu dieser Zeit als nicht mehr sicher wahr und verließen sie in Konsequenz dessen. Andere äußerten ihre Enttäuschung darüber, dass die von ihnen erhoffte sozialistische Umwandlung der Wirtschaft in der Weimarer Republik ausblieb.

Die Mehrzahl der in dieser Arbeit betrachteten osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen verblieb jedoch bis 1933 in Berlin. Dies geschah auch im Glauben an die Organisations- und Kampfkraft der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands. Zu Beginn der 1930er Jahre kamen ihnen jedoch vermehrt Zweifel: Die erneute wirtschaftliche Krisensituation, die verstärkte Präsenz der nationalsozialistischen Bewegung im öffentlichen Raum sowie die deutlichen Wahlerfolge der NSDAP wurden von den ExilantInnen als unverkennbare Bedrohung wahrgenommen. Ihr selbstgewählter Migrationsort avancierte immer stärker zu einem politischen Gefahrenort, den sie schlussendlich aufgeben mussten. Zugleich blieb ihre Hoffnung auf eine veränderte politische Lage in der Sowjetunion unerfüllt, weswegen die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen Berlin in Richtung anderer Städte verlassen mussten, in denen sie abermals Exilorganisationen errichteten und ihre politische Tätigkeiten so weit wie möglich fortsetzten.

Die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen, die mit spezifischen Erfahrungsbefunden Berlin erreichten, wurden während ihrer mehrjährigen Exilzeit wiederum auch durch die Stadt geprägt. Diese Erfahrungen nahmen sie wiederum

in ihre neuen Lebenswelten und Erfahrungsräume mit. In Berlin erinnert heute nur noch sehr wenig an diese besondere Exilgruppe, deren Mitglieder mehrheitlich den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust überlebten, deren eigener Herkunfts- und Erfahrungsraum aber vollständig zerstört wurde. Ihre besonderen Lebenswege sind verbunden mit der russländischen und der osteuropäisch-jüdischen Geschichte, wie auch mit der ArbeiterInnenbewegungsgeschichte der Weimarer Republik. Ihre Biografien bilden einen spezifischen Ausschnitt der Vielfalt osteuropäisch-jüdischer Lebenswege zu Beginn des 20. Jahrhunderts ab. Aufgrund der politischen Umwälzungen nach der Oktoberrevolution ließen sie ihre osteuropäische Heimat hinter sich und durchquerten die Stadt Berlin. Diese war zur Zeit der Weimarer Republik „ein einzigartiges Durchkreuzungs-, Vermischungs- und Attraktionsphänomen“⁶, in das sich auch die osteuropäisch-jüdischen SozialistInnen einschrieben.

⁶ Bisky, Berlin, S. 19.